

Zeitschrift: Centrum : Jahrbuch Architektur und Stadt

Herausgeber: Peter Neitzke, Carl Steckeweh, Reinhart Wustlich

Band: - (2004-2005)

Artikel: Zwei zionistische Wege : Sharons Abzugspläne in historischer Perspektive

Autor: Kimmerling, Baruch

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1072453>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Baruch Kimmerling

Zwei zionistische Wege

Sharons Abzugspläne in historischer Perspektive

In der Geschichte des Zionismus waren die arabischen Einwohner in Palästina nicht vorgesehen, wie schon die alte Parole „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“ dokumentierte. Keiner der zionistischen Wege – weder der pragmatische noch der revisionistische – weist derzeit einen politischen Ausweg angesichts der Tatsache, daß zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan in absehbarer Zeit die Palästinenser die demographische Mehrheit stellen werden. Doch innerhalb Israels hat dieser „Kampf zweier Linien“ seine Brisanz nie verloren, wie auch die jüngste Krise innerhalb der Sharon-Regierung zeigt.

Sharons politische Probleme begannen vor eineinhalb Jahren, als sich in Israel eine Bewegung für den Bau einer Trennmauer formierte, um zukünftig Selbstmordattentäter vom israelischen Territorium fernhalten zu können. Die Siedler sowie ein Großteil der radikalen Rechten opponierten gegen diesen Plan, ebenso die Mehrheit des Kabinetts, der Likud-Fraktion in der Knesset sowie des Zentralkomitees der Regierungspartei. Mit einer Abtrennung werde, so argumentierten sie, faktisch eine Grenze geschaffen und viele Siedler würden sich künftig außerhalb Israels wiederfinden. Zudem wäre dies das Ende der Ideologie von „Großisrael“. Die Motive der Mauerbefürworter hingegen sind weniger ideologischer Natur; sie haben in erster Linie Angst, da es dem Militär in der Vergangenheit nicht gelungen ist, die Selbstmordattentate zu verhindern. Doch Sharon erkannte schnell die Vorteile der Trennung und des „disengagements“ (wie man das Programm auch nennt) und entwickelte einen detaillierteren Plan, um das Mauerprojekt in seine langfristige Strategie – die politische Vernichtung des palästinensischen Volkes – zu integrieren. Da er die Opposition in den eigenen Reihen kannte, wagte er einen Schachzug, der in der politischen Kultur des Landes ohne Vorbild dasteht: ein Referendum unter allen Likud-Mitgliedern. Sharon war sich einigermaßen sicher, daß er die Abstimmung gewinnen werde, doch das erwies sich als Irrtum: Am 2. Mai 2004 lehnten 60 Prozent der abstimmenden Parteimitglieder seinen Plan ab. Trotz dieses gravierenden Rückschlags ist mit einem Rücktritt Sharons in nächster Zeit kaum zu rechnen. Die tiefgreifenden Differenzen zwischen Sharon und seinen Kernwählern haben einen Hintergrund. In der

Geschichte des Staates Israel gab es seit Anbeginn zwei rivalisierende zionistische Strömungen: auf der einen Seite die eher pragmatischen „Labour-Zionisten“, auf der anderen die „revisionistische Strömung“, die das Ziel eines Staates „Großisrael“ verfolgten. Wobei die Revisionisten offen ließen, wie dieses Ziel zu erreichen sei, was mit den dort lebenden Arabern zu geschehen habe und wie die Menschen in den übrigen arabischen Ländern darauf reagieren würden.

Die revisionistische Grundannahme lautete, das jüdische Volk habe ein unbestreitbares historisches und moralisches Recht auf das Land der Väter (einschließlich des heutigen Jordanien) und müsse seine historischen Rechte auf eigene Faust durchsetzen. Obwohl diese messianische Bewegung mit ihren höchst diesseitigen Zielen keinen realistischen Bezug zu den politischen und sozialen Verhältnissen zu haben schien, fand sie in den letzten Jahrzehnten ihre natürlichen Verbündeten in der nationalreligiösen Partei und später auch unter den orthodoxen Religiösen.

Die Labour-Zionisten dagegen hatten traditionell eine völlig andere Vorstellung vom Aufbau ihres Staates. Sie setzten auf die Strategie der Schaffung vollendeter Tatsachen und versuchten, die vorhandene lokale und internationale Machtbalance zwischen Juden und Arabern in ihre jeweiligen politischen Pläne zu integrieren. Ihre Taktik lief in der Vergangenheit darauf hinaus, sich möglichst viel Territorium mit möglichst wenigen arabischen Einwohnern durch Kauf – später auch durch Gewalt – anzueignen.

Für die Labour-Zionisten gibt es keine feststehenden, heiligen Grenzen, vielmehr war der Umfang des jüdisch kontrollierten Territoriums stets abhängig von einer komplexen Abgleichung politischer und sozial-demographischer Überlegungen und der Fähigkeit, das erlangte Territorium zu verteidigen. Diese pragmatische und subtile Methode der Kolonialisierung Palästinas war ein wichtiger Grund für den beispiellosen Erfolg des zionistischen Projekts.

Auch wenn die Unterscheidung nach wir vor gültig ist, haben sich in den letzten vierzig Jahren die Grenzen zwischen den beiden grundlegenden zionistischen Lehrmeinungen nach und nach verwischt – was sich auch darin zeigt, daß Ariel Sharon, der faktisch dem Lager des Labour-Zionismus nahesteht, die

Führung des revisionistischen Lagers übernehmen konnte.

Seit dem Krieg von 1967 befinden sich die israelische Gesellschaft und ihr Staat in einer Existenzkrise. Überdeckt wurde diese anfangs von einem ökonomischen Boom und zunehmender sozialer Mobilität, denn

durch die Öffnung der Grenzen zum Westjordanland und zum Gaza-Streifen wurde der israelische Arbeitsmarkt mit billigen Arbeitskräften überschwemmt, die israelischen Produkte fanden einen neuen (den palästinensischen) Absatzmarkt, und die besetzten Gebiete wurden kolonisiert.

Bauarbeiten
an der Sperranlage,
November 2003
Foto: Eyal Ofer



**Für Wahrheit und Versöhnung, für Gleichberechtigung und Partnerschaft
DAS GIV'AT-OLGA-DOKUMENT**

- Der Staat Israel sollte den Juden Sicherheit gewähren; er hat sie statt dessen in eine Todesfalle gelockt, in der sie in ununterbrochener Gefahr leben, wie sie von keiner anderen jüdischen Gemeinschaft je erfahren worden ist.
- Der Staat Israel sollte die Mauern des Ghettos einreißen; jetzt baut er das größte Ghetto in der gesamten Geschichte der Judenheit.
- Der Staat Israel sollte eine Demokratie sein; statt dessen hat er koloniale Strukturen geschaffen, in denen sich unverkennbar Elemente der Apartheid mit der Willkür brutaler militärischer Besetzung verbinden.

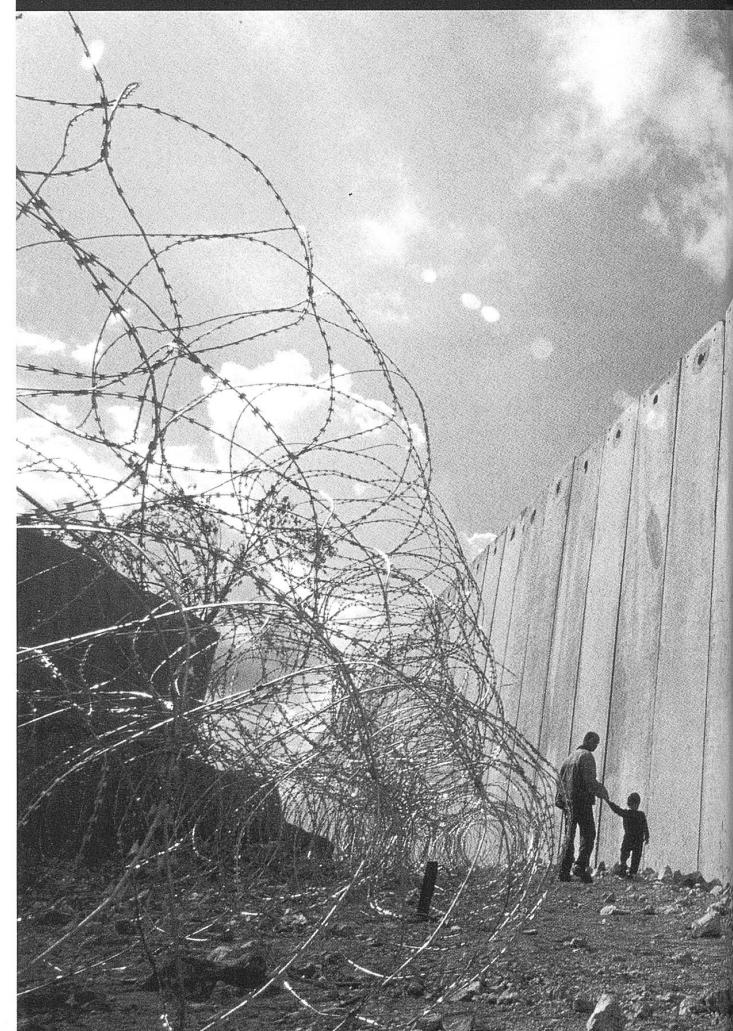
Im Jahre 2004 ist der Staat Israel unterwegs nach nirgendwo. Sechsundfünfzig Jahre nach seiner Gründung leben viele Israelis in existentieller Sorge und fürchten für ihre Zukunft – ungeachtet der vielen Errungenschaften in der Landwirtschaft, in Wissenschaft und Technologie und trotz seiner großen regionalen Militärmacht, die über die Waffen des Jüngsten Gerichts verfügt. Seit seiner Gründung hat Israel auf seine militärische Macht gesetzt. Eine endlose Reihe von „Vergeltungsschlägen“, militärischen Operationen und Kriegen ist die Droge, die das Überleben der Israelis sichern soll. Heute, nahezu vier Jahre nach dem Beginn der zweiten Intifada, steckt Israel bis zum Hals im Schlamm von Besetzung und Unterdrückung. Gleichzeitig baut es die Siedlungen weiter aus, vervielfacht die Vorposten und macht sich selbst bis zum Erbrechen weis, daß es „keine Partner für den Frieden hat.“ [...] Angesichts der großen Zahl von Israelis, die für die Mauer sind, die – ob sie rechts stehen oder links – die Gespenster der Demographie fürchten und unablässig Volkszählungen veranstalten,

Der dadurch erzeugte Wohlstand basierte jedoch darauf, daß die Palästinenser im Westjordanland und im Gaza-Streifen die kolonialen Bedingungen akzeptierten, daß sie also die völlige Integration in die israelische Wirtschaft bei gleichzeitigem Ausschluß aus der israelischen Politik hinnahmen. Die Palästinenser hatten weder das Recht auf Selbstbestimmung noch auf aktive Wahrnehmung der eigenen ethnischen und nationalen Identität oder auf ihre eigenen kollektiven Symbole.

Im Grunde gewöhnten sich beide Gesellschaften an diese Machtverhältnisse, die mit der Zeit eine wechselseitige Abhängigkeit produzierten. Die meisten Israelis und Palästinenser, die in dieser asymmetrischen Situation aufgewachsen sind, empfinden sie heute als natürlich und können sich kaum eine andere Art von Beziehung vorstellen.

In der ersten Intifada, die am 9. Dezember 1987 begann, zeigten sich bereits Risse, doch bis zur zweiten Intifada im Jahr 2000 blieben die wirtschaftlichen Beziehungen im wesentlichen unaufgetastet. Die Oslo-Verträge waren in erster Linie eine Reaktion auf die 1987 zum Ausdruck gekommenen politischen Erwartungen, eine palästinensische Autonomie zu erreichen.

Nach dem Krieg von 1967 stand die israelische Gesellschaft vor dem alten Dilemma: Man wollte das historische Stammland des jüdischen Volkes im Westjordanland annexieren, nicht jedoch dessen arabische Bewohner. Denn bei einer formellen Annexion hätte es in Israel keine jüdische Bevölkerungsmehrheit mehr gegeben. Selbst wenn man den Palästinensern nicht die vollen Staatsbürgерrechte gewährt hätte, wäre der Staat nach einer Annexion kein jüdischer Staat geblieben. Mit diesem Widerspruch war die Dauerkrise vorprogrammiert. Denn Staat und Gesellschaft waren außerstande, die anstehenden politischen Entscheidungen zu treffen, um den nationalen Konflikt zu lösen, aber auch um die innenpolitischen Probleme zu bewältigen: in der Wirtschaftspolitik, im Erziehungswesen, in der Sozialpolitik, im Verhältnis von Staat und Religion sowie in Sachen Demokratisierung und Entmilitarisierung der Gesellschaft. Mit der Zeit wurde die Krise immer deutlicher, die Interessen differenzierten sich nach politischen Parteien aus.



um herauszufinden, wieviele Juden und Araber in jeder Woche geboren werden und sterben, und wieviele Juden und Araber jeden Monat im ganzen Land und in jedem seiner Distrikte leben, ist es lebenswichtig, eine andere Perspektive zu entwerfen, eine Perspektive, die auf den folgenden Prinzipien beruht: Koexistenz der Völker dieses Landes auf der Basis von gegenseitiger Anerkennung, Gleichberechtigung und Verwirklichung der historischen Gerechtigkeit.

Wir sind uns einig in der Kritik des Zionismus, der die einheimische Bevölkerung dieses Landes nicht anerkennt, ihnen ihre Rechte abspricht und ihnen ihr Land nimmt und die Separierung als fundamentales Prinzip und als Lebensform durchsetzt. Obwohl es die Menschen in zahllosen Fällen kränkt und – auch ganz konkret – verletzt, weigert sich Israel auch weiterhin, irgendeine Verantwortung für sein Tun zu übernehmen, angefangen bei der Vertreibung der Mehrheit der Palästinenser aus ihrer Heimat vor mehr als einem halben Jahrhundert bis hin zum derzeitigen Bau von Ghetto-Mauern um Palästinenser, die immer noch in den Städten und Dörfern der West Bank ausharren. So wird überall, wo Juden und Araber zusammen sind oder einander gegenüberstehen, eine Grenze zwischen ihnen gezogen [...].

Wir stimmen darin überein, daß dieses Land all seinen Söhnen und Töchtern gehört – Staatsbürgern und Bewohnern, sowohl den Anwesenden wie auch den Abwesenden (den 1948 vertriebenen palästinensischen Bürger Israels) –, ohne irgendeine, auf persönliche oder staatliche Gründe sich stützende Diskriminierung und ungeachtet von Staatsbürgerschaft oder Nationalität, Religion, Kultur, Volkszugehörigkeit oder Geschlecht. Daher fordern wir die sofortige Aufhebung aller Gesetze, Verordnungen und Praktiken, die zwischen jüdischen und arabischen Bürgern Israels unterscheiden, und die Auflösung aller Institutionen, Organisationen und Behörden, die sich auf solche Gesetze, Verordnungen und Praktiken stützen.

Fortsetzung auf Seite 140

Die Mauer bei Mas'ha,
Dezember 2003
Foto: Eyal Ofer

Als 1977 der rechte, nationalistische Wahlzusammenschluß (als Nachfolgepartei der Revisionisten) an die Macht kam, erwartete man, die neue Regierung Begin werde unverzüglich das Westjordanland und den Gaza-Streifen annexieren, da für die revisionistische Strömung diese Gebiete schon immer zu „Eretz Israel“ gehörten. Das war auch die Hauptaussage des Parteiprogramms gewesen und die zentrale Forderung, mit der Ariel Sharon 1973 – bald nach seinem Ausscheiden aus der Armee – kleinere und mittlere Parteien der Rechten und der Mitte zur Unterstützung von Begin vereinte. Doch entgegen diesen Erwartungen annexierte die Regierung Begin im Dezember 1981 nur die ehedem zu Syrien gehörenden Golanhöhen.

Der Grund für die Zurückhaltung war die rasch anwachsende arabische Bevölkerung in den besetzten Gebieten. Selbst wenn man der annexierten Bevölkerung keine vollen staatsbürgerlichen Rechte, kein Wahlrecht und keinen Anspruch auf Sozialleistungen einräumte, hätten diese Palästinenser zusammen mit den arabischen Bürgern Israel zu einem binationalen Gebilde gemacht. Heute leben in dem Territorium zwischen Mittelmeerküste und Jordan – trotz der Rekordzuwanderung von über einer Million Menschen aus der früheren Sowjetunion (die nicht alle jüdischer Abstammung sind) – etwa 5 Millionen Juden (bzw. Nichtaraber) und 4,5 Millionen Palästinenser (mit oder ohne israelische Staatsbürgerschaft). Wenn man die demographischen Zahlen von heute hochrechnet, kommt man für das Jahr 2020 innerhalb der Grenzen des historischen Palästina auf eine Gesamtbevölkerung von 15,1 Millionen Menschen, von denen 6,5 Millionen Juden sein werden.

Die politische Kultur der jüdischen Israelis ist durch zwei verschiedene, historisch bedingte Ängste geprägt: Zum einen durch die Angst vor der physischen Vernichtung des Staates, die von vielen israelischen Politikern und Intellektuellen immer wieder benutzt, mißbraucht und emotional ausgebeutet wird. Und zum anderen durch die Angst vor dem Verlust der demographischen Mehrheit, worin man den Anfang vom Ende des jüdischen Staates sieht. So ist das Land beherrscht von zwei patriotischen Geboten: Das erste patriotische Gebot, das heilige Land der Väter in Besitz



zu nehmen, steht im Gegensatz zum zweiten, wonach das Land stets eine massive jüdische Mehrheit haben müsse. Die Mehrheit der israelischen Wähler stimmte bei den letzten Wahlen für Sharon, weil sie hoffte, seine Regierung böte die „richtige Lösung“ für den beschriebenen existentiellen Widerspruch und könne – nach den gescheiterten Camp-David-Verhandlungen der Regierung Barak – den israelisch-palästinensischen Konflikt beenden.

Sharon hatte freilich seine eigenen Vorstellungen von der „Lösung“ des Palästinenserproblems. Sein Konzept stammt aus dem Unabhängigkeitskrieg von 1948 und trägt den Namen Politizid. Gemeint ist damit eine Kombination von militärisch-politischen, diplomatischen und psychologischen Maßnahmen mit dem Endziel, das palästinensische Volk als ein unabhängiges und legitimes gesellschaftliches, politisches und ökonomisches Gebilde auszulöschen. Dieser Prozeß kann ethnische Säuberungen einschließen, das heißt die allmähliche partielle oder vollständige Entfernung der Palästinenser aus dem Territorium, das als Eretz Israel bzw. als das historische Palästina gilt. Jitzhak Rabin und das so genannte Friedenslager hatten versucht, dieses Problem dadurch zu lösen, daß sie auf den größten Teil der besetzten Gebiete mitsamt ihrer Bevölkerung verzichten wollten. Wegen dieser erklärten Politik wurde Rabin ermordet, und bei den darauf folgenden Wahlen entschied sich die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung Israels gegen Rabins Lösung, die als eine Absage an das klassische Konzept des Labour-Zionismus verstanden wurde. Als Sharon an die Macht kam, entschied er sich mehr oder weniger explizit für eine Abkehr von dem sogenannten Oslo-Prozeß.

Die erste Phase des Politizids war das militärische Vorgehen, das am 29. März 2002 mit der „Operation Defense Shield“ begann. Sie hatte nicht nur zum Ziel, sämtliche organisierten Sicherheitskräfte der Palästinenser zu zerschlagen, sondern vor allem auch die inneren Grundstrukturen der Palästinensischen Autonomiebehörde zu vernichten. Zugleich und zum selben Zweck unternahmen die Israelis auch systematische Angriffe auf die Infrastruktur wie auf die meisten nationalen und öffentlichen Institutionen der Palästinenser. Dabei zerstörten sie mit dem Statistischen

Büro auch die wichtigste Datenbasis der Autonomiebehörde.

Aber die häufigen Vorstöße ins Kerngebiet des Westjordanlands sowie die Belagerungen von Städten, Dörfern und Flüchtlingslagern – wie auch die außergerichtlichen Hinrichtungen von militärischen und politischen Führungsfiguren aller palästinensischen Gruppierungen – verfolgen ein weiteres Ziel: Israel will den Palästinensern nicht nur seine militärische Macht demonstrieren, sondern auch vor Augen führen, daß niemand sie am Einsatz ihrer Machtmittel hindert. Den Palästinensern soll damit klargemacht werden, daß sie jedem noch so willkürlichen Aggressionsakt der Israelis ohnmächtig und ohne ernsthafte Verteidigungschance ausgeliefert sind. Die arabischen Staaten und die internationale Gemeinschaft gaben nur rhetorische Bekenntnisse zur Verteidigung der palästinensischen Sache ab – vor allem um die Proteststimmen im eigenen Lande zum Schweigen zu bringen.

Da die Bush-Regierung in Washington – die den christlichen Fundamentalisten nahesteht – die Regierung Sharon unter ihre Fittiche genommen hat, wird Israel heute mehr denn je als Filiale der USA im Nahen Osten wahrgenommen. In dieser Rolle genießt es jedenfalls vorläufig die fast bedingungslose politische und militärische Unterstützung durch die einzige Hypermacht der Welt.

Diese erste, militärische Phase des Politizids an den Palästinensern verschaffte Sharon unter vielen israelischen Juden eine enorme Popularität. Nach dieser Phase begann die politische Phase des Projekts, die unter dem Titel „disengagement“ läuft. Der israelische Regierungschef ist ein Pragmatiker. Er weiß, daß die völkerrechtlichen Normen weder ethnische Säuberungen in großem Maßstab gestatten noch die Umwandlung des Königreichs Jordanien in einen palästinensischen Staat, wie es seine früheren Pläne vorgesehen hatten. Deshalb hat er die Errichtung der Mauer veranlaßt und vor kurzem die Auflösung aller jüdischen Siedlungen im Gaza-Streifen und vier isolierter kleinerer Siedlungen im Westjordanland angekündigt. Als Gegenleistung für den Abzug von 7500 israelischen Siedlern aus dem Gaza-Streifen forderte Sharon von Präsident Bush und seiner eigenen Likud-Partei, die Erhaltung der wichtigsten jüdischen Siedlungskom-



plexen im Westjordanland abzusegnen und damit den Verbleib von etwa 95 000 Siedlern zu sichern. Sharon macht aus seinen Absichten keinen Hehl: Die Umsetzung der „Roadmap“ soll es ermöglichen, die im Westjordanland entstehenden palästinensischen Territorien durch ein System von Mauern und Zäunen von Israel und den jüdischen Siedlungsblöcken zu trennen. Seine „Vision“ nimmt klare Konturen an: Der palästinensische „Staat“ wird aus vier oder fünf Enklaven rund um die Städte Gaza, Dschenin, Nablus und Hebron bestehen, ein zusammenhängendes Territorium wird es nicht geben. Der Plan, diese palästinensischen Enklaven durch Tunnel und Brücken zu verbinden, bedeutet natürlich, daß die Israelis in den meisten übrigen Gebieten des Westjordanlands massiv präsent bleiben werden. Ähnlich im Gaza-Streifen, wo Israel sich auch nach dem jüngsten „disengagement“-Plan die Kontrolle über den Zugang zu dem Territorium zu Lande wie in der Luft und zur See vorbehält. Im Vergleich mit diesem Konzept nehmen sich

die früher von Südafrika geschaffenen Bantustans im Rückblick wie Bastionen der Freiheit, der Souveränität und der Selbstbestimmung aus.

All dies zielt darauf, die Hoffnungen der Palästinenser zu zerstören, ihren Widerstand zu brechen, sie zu isolieren und so weit zu bringen, daß sie sich jeder von Israel vorgeschlagenen Regelung unterwerfen – um am Ende massenhaft „aus freien Stücken“ ihr Land zu verlassen.

Sharons Plan ist mit dem pragmatischen Ansatz des Labour-Zionismus vereinbar, nicht aber mit den revisionistischen und religiös-messianischen Träumen von einem exklusiv jüdischen Großisrael. So erklärt sich die Niederlage bei dem genannten Likud-Referendum. Nach jüngsten Meinungsumfragen ist eine Mehrheit der Israelis für den Sharon-Plan. Und auch im Ausland glauben viele, er könnte einen Durchbruch für die Lösung des Palästinakonflikts bringen.

Deutsch von Niels Kadritzke

Quelle: Le Monde diplomatique, deutschspr. Ausgabe, Juni 2004

Die Mauer
und ein isoliertes Haus
Foto: Eyal Ofer